



Eva-Marie Felschow

Aus der Not geboren

Der Beginn der Gießener Hochschulgesellschaft

„Nach Gründung der Hochschulgesellschaft ist unserer Universität ein weiteres Aufblühen sicher“, mit diesen Worten beendete Rektor Paul Gisevius seinen Bericht über die im Februar 1918 erfolgte Vereinigung von Freunden und Förderern der Universität Gießen, den er in seiner Chronik über die Landes-Universität im Kriegsjahr 1917/18 abstattete.¹ In der Tat hofften sich die Verantwortlichen an der Universität von der neuen Gesellschaft tatkräftige finanzielle Unterstützung, die allein vom Trägerstaat Hessen-Darmstadt bzw. Volksstaat Hessen nicht mehr zu erwarten war. Seit Ausbruch des Ersten Weltkrieges bewegte sich der für die Landesuniversität geleistete Staatszuschuss in etwa in der Größenordnung wie in den letzten Friedensjahren. Für das Haushaltsjahr 1915 hatte sich die großherzogliche Regierung aufgrund fehlender Einnahme- und Ausgabeschätzungen nicht in der Lage gesehen, einen Haushaltsvoranschlag aufzustellen, stattdessen wurde derjenige von 1914 auf das Jahr 1915 erstreckt.² Im Jahr 1916 betrugen die Einnahmen der Universität 822.569 Mark und die veranschlagten Ausgaben 1.927.197 Mark, der zu bewilligende Staatszuschuss belief sich damit auf 1.104.628 Mark.³ Aufgrund gestiegener Einnahmen der Universität, die vor allem von den Kliniken erwirtschaftet wurden, war der staatliche Zuschuss für das Haushaltsjahr 1917 trotz höher veranschlagter Universitätsausgaben mit 1.092.712 Mark etwas geringer ausgefallen. Im letzten Kriegsjahr lag er bei 1.110.817 Mark.⁴ Hatte die Universität damit zwar nominell keine Einbuße an den staatlichen Mitteln hinzunehmen, so war durch die bis 1918 fast auf das Doppelte gestiegenen Preise ihr finanzieller Handlungsspielraum stark eingeschränkt. Vor allem bei den Sachausgaben machte sich dies bemerkbar, der Ankauf von Büchern und die Anschaffung von Geräten und Ausstattungsge-

genständen für die Institute konnte längst nicht in dem erforderlichen Maße erfolgen. Zudem hatte die großherzogliche Regierung die Universität Gießen bereits im September 1914 zur größten Sparsamkeit angewiesen, weitere Erlasse des Innenministeriums hierzu ergingen im April 1915 und im März 1917.⁵ Die Direktoren der Institute und Kliniken hatten seit Kriegsbeginn an den Verwaltungsausschuss der Universität über mögliche Ersparnisse in ihrem Geschäftsbereich Bericht abzustatten, an denen sich zeigt, welche gravierenden Folgen Inflation und Sparzwang hatten.⁶ An eine Erhöhung des Universitätsbudgets oder an einen Ausbau der Institute war unter diesen Umständen nicht zu denken. Über den normalen Staatszuschuss hinaus konnte die Universität nur wenig weitere Unterstützung von Seiten der Regierung erwarten. 1916 wurde die Kinderklinik vom Staat übernommen, wozu die Stadt Gießen mit 25.000 Mark einen erheblichen Beitrag geleistet hatte, und es wurde ein bescheidener Ausbau des landwirtschaftlichen Instituts beschlossen.⁷ Weitere Fördermaßnahmen für die Landesuniversität wurden nicht in Betracht gezogen, was sich an den Beratungen über den Staatshaushalt im Landtag deutlich zeigte. Die von der Regierung für die Universität veranschlagten Mittel wurden keiner längeren Debatte unterzogen, Stimmen, die sich für die Belange der Universität besonders eingesetzt hätten, gab es nicht. Stattdessen wurde das Budget für die Universität zur Abstimmung gebracht und stets einstimmig bewilligt. Durch die Auswirkungen des Krieges galt das Hauptaugenmerk der Abgeordneten in der Zweiten Kammer der Landstände anderen Dingen. Angesichts von Brennstoff- und Kohlenmangel, Lebensmittelknappheit und steigender Preise für Grundnahrungsmittel galt es in erster Linie, die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. In den ausgiebigen Verhand-



Prof. Dr. Gustav Krüger (1862–1940), Theologe und Kirchenhistoriker. (Quelle: Bildarchiv von Universitätsbibliothek und -archiv Gießen)

lungen über die Haushaltsvoranschläge konzentrierten sich die Diskussionsbeiträge der Parlamentarier daher vor allem auf die Probleme der hessen-darmstädtischen Landwirtschaft und auf Verteilungsfragen. Die Bedürfnisse der Landesuniversität, die in früheren Jahren ausgiebig und durchaus kontrovers in der Zweiten Kammer debattiert worden waren, kamen dagegen nicht zur Sprache.

Diese Entwicklung wurde an der Universität mit Sorge betrachtet. Der Theologe Gustav Krüger brachte die hier herrschenden Befürchtungen 1916 in einer Denkschrift zum Ausdruck.⁸ Darin hielt er u.a. fest, dass das Interesse des Großherzogs und der Regierung für die Leistungen und die Bedürfnisse der Landesuniversität durchaus größer sein könne. In Bezug auf die Bewilligung des Universitätsbudgets fand er deutliche Worte: „Wie schwer es aber hält, bei den Kammern für Zwecke, deren Förderung den Abgeordneten im allgemeinen ferner liegt, Mittel flüssig zu machen, weiß Jeder, der die Verhandlungen über den Staatshaushalt längere Zeit zu verfolgen Gelegenheit genommen hat. Für

Landwirtschaft und Tierheilkunde, für neue Anstalten zur Linderung der leiblichen Nöte der leidenden Menschheit sind bei einigem guten Willen und Anwendung des nötigen Nachdrucks immer noch Mittel zu haben. Aber schon die Bewilligung größerer Summen für die Ausstattung der wissenschaftlichen Institute, zumal der Universitätsbibliothek, stößt regelmäßig auf Schwierigkeiten. Daß vollends den Professoren für wissenschaftliche Untersuchungen, Reisen und Veröffentlichungen, ohne die sie ihre Kulturarbeit nicht verrichten können, Staatsmittel zur Verfügung gestellt werden müssen, dafür ist das Verständnis nur selten zu finden“.⁹ Die Denkschrift Krügers stieß bei den Universitätsmitgliedern auf allgemeine Zustimmung und Rektor Friedrich Wilhelm Sievers sandte ein Exemplar davon am 19. Mai 1916 an Innenminister von Hombergk zu Vach. Er verband damit die Hoffnung, dass die kritischen Anmerkungen Krügers im Ministerium Gehör finden würden.¹⁰ Ob und wie die Regierung hierauf reagierte, ist nicht bekannt. Ein größeres Interesse für die Universitätsangelegenheiten war zunächst nicht festzustellen.

Stattdessen ergriff man an der Universität Schritte, auf anderem Wege Unterstützung zu erhalten. Ein Jahr nach Erscheinen der Denkschrift und damit noch während des andauernden Kriegsgeschehens beschloss der Gesamtsenat der Universität Gießen Ende Juli 1917, auf Anregung der Professoren Ludwig Schlesinger und Wilhelm Horn, einen Ausschuss zur Gründung einer Vereinigung zur Förderung der Landesuniversität einzusetzen. Vorbild hierfür waren die kürzlich an den Hochschulen in Bonn, Erlangen und Halle errichteten akademischen Fördervereine. Der Ausschuss bestand aus insgesamt sieben Professoren, den Vorsitz übernahm der Germanist Otto Behaghel.¹¹ Bereits am 4. August 1917 fand die erste Besprechung statt. Tatkräftige Unterstützung fand das Projekt in der Person des Justizrats, Rechtsanwalts und Gießener Landtagsabgeordneten Wilhelm Grünewald, der mit seinen Verbindungen wertvolle Kontakte zu potentiellen Mäzenen knüpfen konnte.¹² In nur wenigen Sitzungen wurde der Entwurf für eine Satzung erarbeitet und eine Denkschrift verfasst, die Ende Dezember 1917 ge-

druckt vorlag.¹³ Mit diesem zielstrebigem Vorgehen reagierten die Ausschussmitglieder auf die Herausforderungen, die sich am Ende des Ersten Weltkriegs abzeichnen begannen. Angesichts der wirtschaftlichen Probleme des Staates und der Erfahrungen während der Kriegsjahre war abzusehen, dass die Universitäten nach Kriegsende neben der staatlichen Finanzierung mehr denn je für eine ausreichende Ausstattung auf weitere Mittel angewiesen sein würden. Hinzu kam der zu erwartende Zustrom von aus dem Heeresdienst entlassenen Studenten. Durch die Erfahrungen des Krieges war zudem der Wunsch nach einer Verbindung von Wissenschaft und Technik, von Wissenschaft und Industrie geweckt worden.¹⁴ Hiervon versprach man sich nicht nur eine Gewinnung von Förderern für die Universität, sondern auch eine stärker praktisch orientierte Ausbildung der Studierenden. Für Gießen kam als weiteres Argument für die Not-

wendigkeit einer Fördervereinigung die befürchtete Konkurrenz der 1914 neu gegründeten Stiftungs-Universität Frankfurt hinzu. Um hier wettbewerbsfähig zu bleiben, sollte die hessen-darmstädtische Landesuniversität für den Unterhalt und Ausbau ihrer Institute und Seminare Unterstützung erhalten. Diese Überlegungen spiegeln sich in der Satzung der Gießener Hochschulgesellschaft wider. Gemäß Paragraph 2 war der Zweck der Gesellschaft die Pflege der Beziehungen zwischen der Wissenschaft und dem praktischen Leben, die Verbreitung wissenschaftlicher Bildung und die Förderung der Universität Gießen.¹⁵ Im Kern sind dies noch heute die Ziele der Gießener Hochschulgesellschaft.

Diese Ideen fanden rasch Zustimmung bei der Bürgerschaft von Gießen, der Stadtverwaltung, bei der Großherzoglichen Staatsregierung in Darmstadt und bei Vertretern der Wirtschaft.



Ansicht der Medizinischen Klinik (Teilansicht), in deren Hörsaal im Februar 1918 die Gründungsversammlung der Hochschulgesellschaft stattfand. (Quelle: Bildarchiv von Universitätsbibliothek und -archiv Gießen)

Nur wenige Monate nach Einrichtung des Ausschusses konnte am 21. Februar 1918 die Versammlung zur Gründung der „Gesellschaft von Freunden und Förderern der Universität Gießen (Gießener Hochschulgesellschaft)“ im Hörsaal der Medizinischen Klinik stattfinden. An der Gründungsversammlung nahmen ca. 90 Personen teil, darunter zahlreiche Persönlichkeiten aus Handel und Industrie vor allem aus Gießen, Wetzlar, Offenbach und Mainz.¹⁶ Mit der Verabschiedung der Satzung und der Wahl des Vorstands und des Verwaltungsrats war die Gießener Hochschulgesellschaft rechtskräftig ins Leben getreten. Obwohl bei der Gründung der Hochschulgesellschaft im vierten Kriegsjahr allenthalben Not herrschte, war die Hilfsbereitschaft für die Universität Gießen groß. Das Kapital der Gesellschaft setzte sich aus den Beiträgen der Mitglieder sowie aus Stiftungen und Schenkungen zusammen. Eine Mitgliederliste vom 1. April 1918 weist über 300 Einträge aus,¹⁷ das aus Spenden entstandene Startkapital der Hochschulgesellschaft betrug am Gründungstag bereits 357.055 Mark. Mit diesen Mitteln konnte die Gesellschaft schon in den ersten Jahren ihres Bestehens eine Reihe von Fördermaßnahmen für die Universität durchführen, wozu u.a. der Ankauf des Hauses Ludwigstraße 19 gehörte, das noch heute der JLU zur Verfügung steht.

Anmerkungen:

¹ Paul Gisevius, Akademische Rede zur Jahresfeier der Großherzoglich Hessischen Ludwigs-Universität am 1. Juli 1918, Gießen 1918, S. 21.

² Vgl. Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen in den Jahren 1914/16, 36. Landtag, Drucksachen Bd. 1, Darmstadt 1916, Drucksache Nr. 36.

³ Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen in den Jahren 1914/17, 36. Landtag, Protokolle, Bd. 1, Darmstadt 1916, S. 323.

⁴ Ebenda, Bd. 2, Darmstadt 1918, S. 783 und S. 1376.

⁵ Universitätsarchiv Gießen (künftig: UAG), Theol A 1.

⁶ So führte der Direktor des Mathematischen Kabinetts in seinem Bericht vom 9. Mai 1915 aus: „Der bisherige Kredit von 600 M. für die Bedürfnisse des Mathematischen Kabinetts genügte in den letzten Jahren nicht mehr, um auch nur die allerwichtigsten Neuerscheinungen der mathematischen Literatur zu beschaffen und die großen Lücken in den älteren Beständen der Bibliothek auszufüllen. Auch die Modellsammlung bedarf dringend einer Ergänzung. Es war daher bereits in dem Voranschlag für 1915 eine Erhöhung des Kredits auf 700

M. beantragt. Eine Herabsetzung des bisherigen Kredits erscheint also ganz ausgeschlossen“. UAG Allg. Nr. 425.

⁷ Verhandlungen der Zweiten Kammer (wie Anm. 3), S. 323, und Verhandlungen der Zweiten Kammer (wie Anm. 4), S. 652.

⁸ Gustav Krüger, Denkschrift über die Stellung der Landesuniversität und ihrer Professoren im hessischen Staatswesen, in: UAG PrA Nr. 2076.

⁹ Ebenda, S. 9 f.

¹⁰ UAG PrA Nr. 2076.

¹¹ Vgl. UAG PrA Nr. 2048.

¹² Für sein Engagement verlieh ihm die Universität Gießen zwei Jahre nach Gründung der Hochschulgesellschaft am 15. November 1920 die Ehrendoktorwürde der Medizinischen Fakultät. In der Laudatio wurde Wilhelm Grünewald als Förderer der Universität gewürdigt, „der sich in richtiger Erkenntnis ihrer vielseitigen und großen Aufgaben allzeit bereitwilligst und erfolgreich für ihre Bestrebungen und Bedürfnisse eingesetzt und sich als ihr bewährter Gönner unbegrenztem Dank erworben“ habe. UAG Med G 5. Mit diesem Schritt setzte sich die Universität über Bedenken hinweg, die im März 1918 aus Anlass der Gründung der Hochschulgesellschaft im Landtag geäußert worden waren. Es war u.a. Innenminister von Hombergk zu Vach, der bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen hatte, dass die hohe akademische Auszeichnung des Ehrendoktors nur für wissenschaftliche Leistungen, nicht aber für reines Mäzenatentum verliehen werden solle. Verhandlungen der Zweiten Kammer (wie Anm. 4), S. 1376.

¹³ UAG PrA Nr. 2048.

¹⁴ In der Denkschrift zur Gründung einer Gesellschaft von Förderern der Universität wurde die Notwendigkeit einer mehr auf die Praxis bezogenen Ausbildung der Studierenden deutlich in Verbindung zu den durch den Krieg bedingten technischen Neuerungen gebracht: „Unsere mathematischen und naturwissenschaftlichen Lehrinrichtungen und Lehrmittel reichen nicht aus, um den Studenten eine richtige Vorstellung von den neuesten Errungenschaften unserer Technik zu geben, von all den neuen Erkenntnissen, die die Grundlagen unserer Erfolge im Kriege, unserer militärischen Überlegenheit nicht minder wie unseres Durchhaltens geworden sind. Wir erinnern nur an die Ausbildung unserer Waffentechnik, an die U-Boots-Probleme, an Luftfahrt und Flugwesen, und andererseits an die Chemie der Sprengstoffe, an die Stickstoff-Gewinnung, an die Fragen der rationellen Ausnützung der Naturkräfte und an die gesteigerte Gewinnung und Verwertung der Bodenschätze“. UAG PrA Nr. 2048, Denkschrift, S. 7.

¹⁵ UAG PrA Nr. 2048, mehrere Entwürfe der Satzung.

¹⁶ Vgl. Bericht im „Gießener Anzeiger“ vom 22. Februar 1918.

¹⁷ Mitgliederliste enthalten in: Bericht über die Gründung der Gesellschaft von Freunden und Förderern der Universität Gießen (Gießener Hochschulgesellschaft), UAG PrA Nr. 2049.

Kontakt:

Eva-Marie.Felschow@admin.uni-giessen.de